



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner** und
Fraktion (AfD)

Haushaltsplan 2021;

**hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 02 01 Tit. 422 01 wird der Zugang von 32 neuen Stellen für planmäßige Beamte auf 0 reduziert.

Die eingesparten Mittel werden in Kap. 13 06 TG 51 – 64 und Kap. 13 60 TG 51 – 52 zur Verringerung der Schuldenaufnahme bzw. Erhöhung der Tilgung am Kreditmarkt verwendet.

Begründung:

Waren im Jahr 2019 noch 240 Stellen in der Staatskanzlei zu besetzen, wurden es im Jahr 2020 bereits 320. Der Anstieg des Beamtenapparates um 33 Prozent ist ein Zeichen ineffizienter Verwaltung und muss nicht noch fortgeführt werden. Mit den für das Jahr 2021 angedachten Stellen wären es bereits ca. 47 Prozent über dem Niveau vom Jahr 2019, was eine unzumutbare Belastung der Bürger darstellt.

Obwohl sich keine wesentlichen organisatorischen Änderungen im Einzelplan des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei ergeben, wird durch die Erhöhung der Stellen die implizite Staatsverschuldung in die Höhe getrieben.